

Modellprojekt Bürgerarbeit



Hauptopfer des von der schwarz-gelben Bundesregierung auf den Weg gebrachten rigiden Austeritätsprogramms sind die SozialleistungsempfängerInnen dieser Republik. Allein in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik sollen bis 2014 rund 32 Mrd. Euro eingespart werden. Besonders betroffen ist dabei die Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II). Sparen will man hier

- durch die Umwandlung von Pflicht- in Ermessenleistungen beim ALG I+II (15 Mrd. Euro);
- durch die Abschaffung des befristeten Zuschlags für Arbeitslose, die in ALG II übergehen (800 Mio. Euro);
- durch Abschaffung des Zuschusses an die Rentenversicherung bei ALG II (7,2 Mrd. Euro);
- durch "Effizienzverbesserungen" bei der Arbeitsvermittlung bei SGB II (4,5 Mrd. Euro) durch Abschaffung des Elterngeldes bei ALG II (1,6 Mrd. Euro);
- durch Abschaffung des Heizkostenzuschusses für WohngeldempfängerInnen (400 Mio. Euro).

In diesen Zusammenhang muss auch das "Modellprojekt Bürgerarbeit", das die Bundesarbeitsministerin von der Leyen kürzlich vorgestellt hat, eingeordnet werden. Erreicht werden soll damit "eine bessere Integration von Langzeitarbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt". An der mindestens sechsmonatigen Aktivierungsphase sollen 160.000 erwerbsfähige Hilfebedürftige teilnehmen, für die Beschäftigungsphase ab dem 15.1.2011 werden dann 34.000 "Bürgerarbeitsplätze" finanziert. Das Programm hat eine Laufzeit von drei Jahren und ein Volumen von insgesamt 1,3 Mrd. Euro, das mit 690 Mio. Euro aus dem Bundeshaushalt und mit 600 Mio. Euro aus dem Europäischen Sozialfonds finanziert werden soll.

Die "Bürgerarbeit" soll – wie die Ein-Euro-Jobs – gemeinnützig sein und keine regulären Jobs verdrängen. Gedacht ist z.B. an einen Begleitservice für Ältere und Behinderte etwa bei Behördengängen und Arztbesuchen, an Energiesparberatung für Bedürftige, an die Unterstützung von Übungsleitern und Platzwartern im Breitensport, an Kochen und Essenausgabe bei Mittagstischen für Bedürftige oder die Anlage und Pflege von Naturlehrpfaden.

Diese Arbeitsplätze will man bis zu drei Jahren mit einem Festbetrag fördern, der das Arbeitsentgelt und den Sozialversicherungsaufwand des Arbeitgebers abdeckt. Für 30 Wochenstunden sollen die auf diese Weise Beschäftigten einen Bruttoarbeitslohn von 900 Euro erhalten (inkl. Sozialversicherungsanteil Arbeitgeber 1080 Euro), für 20 Wochenstunden 600 Euro (720 Euro). Für die "BürgerarbeiterInnen" bleiben dann unterm Strich 700 Euro bzw. 500 Euro, von den sie natürlich nicht leben können. Der überwiegende Teil dieser "BürgerarbeiterInnen" dürfte deshalb als Aufstocker im SGB-System verbleiben.

Der Vorteil für den Bundes- bzw. BA-Etat ist erstens, dass u.a. durch den Rückgriff auf den Europäischen Sozialfonds Kosten eingespart werden können, und zweitens – angesichts ungünstiger Arbeitsmarktperspektiven – eine weitere Schneise für den Niedriglohnsektor geschlagen wird.

So ist zwar seit 2006 durch die relativ günstigen konjunkturellen Rahmenbedingungen (bis 2008) die Zahl der Langzeitarbeitslosen mit SGB-II-Bezug zurückgegangen – entweder wegen Zwangsverrentung oder durch Jobs vor allem wieder im Niedriglohnsektor –, gleichzeitig ist aber auch die Zahl der Lohnabhängigen, die von ihrer Arbeit nicht leben können und deshalb auf zusätzliche Grundsicherungsleistungen angewiesen sind, um 400.000 gestiegen.

Im November 2009 bezogen knapp 1,4 Mio. Beschäftigte ein zusätzliches Einkommen nach SGB II. Davon waren 685.000 geringfügig beschäftigt und 568.000 in einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis – 351.000 sogar vollzeitbeschäftigt.

Februar 2010/November 2009

Empfänger von Leistungen nach SGB II 6.854.265

davon

ALG II 5.004.453

Sozialgeld 1.849.812

ALG II=Erwerbsfähige Hilfebedürftige 5.004.453

davon

Arbeitslose 2.204.138

darunter: Aufstocker von Arbeitslosengeld 122.566

Nicht Arbeitslose 2.800.315

darunter

in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen 487.746

mit Brutto-Einkommen > 400 Euro 483.469

58 Jahre und älter 357.095

Sonstige¹ 1.472.005

darunter

Verarbeitendes Gewerbe	6.323.053	50.003	0,8%	351.701	28.561	8,1%	6.674.754	78.564	1,2%	5,3%
Baugewerbe	1.609.034	37.280	2,3%	153.713	30.715	20,0%	1.762.747	67.995	3,9%	8,7%
Handel + KFZ Gewerbe	4.042.245	102.205	2,5%	915.755	110.729	12,1%	4.958.000	212.934	4,3%	18,5%
Verkehr und Lagerei	1.380.513	42.720	3,1%	251.103	52.131	20,8%	1.631.616	94.851	5,8%	15,4%
Gastgewerbe	841.546	70.440	8,4%	514.265	115.228	22,4%	1.355.811	185.668	13,7%	37,9%
Leiharbeit (LA)	573.215	63.915	11,2%	49.747	10.394	20,9%	622.962	74.309	11,9%	8,0%
Wirtschaftl. Dienstleistungen o. LA	2.859.352	121.205	4,2%	804.979	143.850	17,9%	3.664.331	265.055	7,2%	22,0%
Gesundheit- und Sozialwesen	3.410.007	86.245	2,5%	423.501	40.212	9,5%	3.833.508	126.457	3,3%	11,0%
sonst. Dienstleistung, PHH	1.088.279	58.482	5,4%	439.292	64.659	14,7%	1.527.571	123.141	8,1%	28,8%

Seit Ausbruch der Wirtschaftskrise hat sich die Tendenz zur Prekarisierung der Lohnarbeit weiter verfestigt. Der Abbau von Vollzeit Arbeitsplätzen ging einher mit der deutlichen Ausdehnung von Teilzeitarbeit und geringfügiger Beschäftigung. Es gibt keinen Grund anzunehmen, dass sich daran angesichts der anhaltenden Krisenkonstellation etwas ändert.

Die Sparpolitik der schwarz-gelben Bundesregierung insbesondere in der Arbeitsmarktpolitik (die gesellschaftlichen Kosten für die Grundsicherung betragen 2009 ca. 42 Mrd. Euro) ist das Gegenteil dessen, was Not tate, nämlich die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns, die Heraussetzung der Regelsätze und massive Investitionen in die Qualifizierung der Arbeitssuchenden. Stattdessen wird über "Effizienzverbesserungen bei der Arbeitsmarktvermittlung" und "Bürgerarbeit" der repressive Druck auf die Menschen ohne Arbeit noch verstärkt, jede noch so unsinnige Beschäftigung anzunehmen und sich mit noch niedrigeren Leistungen zufriedenzugeben. Dazu passt auch die Diskussion über eine Pauschalierung der Kosten der Unterkunft (2009 insgesamt 13,6 Mrd. Euro, die zu 74% die Kommunen zu tragen haben).

Die ökonomische Labilität und die soziale Spaltung werden durch diese Politik weiter verstärkt.

Quelle: <http://www.sozialismus.de/aktuelles/detail/artikel/modellprojekt-buergerarbeit/>